

**UdSSR/USA**

**Moskau (TASS)** – In Moskau wurde ein Vertrag über die Lieferung von 3,5 Mill. t Ammoniak aus der Sowjetunion nach den USA unterzeichnet. Das Abkommen, nach dem diese Mengen ab 1978 im Laufe von zehn Jahren geliefert werden, wurde von der Interunionsvereinigung Sojuschimexport und der US-amerikanischen Firma Occidental Petroleum Corporation abgeschlossen. Es handelt sich dabei um den ersten großen Vertrag im Rahmen des Generalabkommens zwischen Occidental Petroleum Corporation und sowjetischen Außenhandelsorganisationen über die kompensationsgemäße Lieferung von Superphosphorsäure aus den USA nach der UdSSR und von Ammoniak, Karbamid und Kaliumchlorid aus der UdSSR nach den USA.

**ČSSR/IRAN**

**Prag (ČTK)** – Entsprechend einem abgeschlossenen Kontrakt zwischen der tschechoslowakischen Außenhandelsorganisation Technoexport und der iranischen Agromonic Comany Ltd. erbauen tschechoslowakische Unternehmen in Iran eine Raffinerie zur Verarbeitung von Zuckerrohr. Die ČSSR baut diese Zuckerraffinerie als Investitionskomplex im Rahmen der Unterstützung der ČSSR bei der Industrialisierung der Wirtschaft Irans.

**LIBYEN**

**Turin (AP)** – Die Regierung Libyens steigt bei dem in Schwierigkeiten geratenen italienischen Automobilkonzern Fiat mit umgerechnet rund 1 Mrd. M ein und übernimmt einen Anteil von 9,6 Prozent an der Firma. Das gab der Fiat-Konzern in Turin bekannt. Nach der getroffenen Vereinbarung, deren Träger die libysche Außenhandelsbank sein wird, soll Fiat neue Aktien und Anleihepapiere ausgeben, die Libyen kauft. Dem Firmeninhaber, der Familie Agnelli, wird statt bisher 35 Prozent nur noch ein Anteil von 30 Prozent an Fiat verbleiben. Fiat hatte 1975 bereits das zweite aufeinanderfolgende Jahr nur geringe Gewinne erzielt und für die Dividendenzahlung an die 100 000 Kleinaktionäre die Reserven angreifen müssen. Libyens Engagement bei Fiat ist die erste größere Industriebeteiligung des Landes außerhalb der arabischen Welt.

**BELGIEN**

**Brüssel (DPA)** – Das belgische Parlament hat dem christdemokratischen Premierminister Tindemans mit 110 gegen 90 Stimmen bei drei Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen. Damit wurde eine seit mehreren Wochen schwelende Regierungskrise überwunden, die durch die Spaltung der im Koalitionskabinett vertretenen Wallonischen Sammlungsbewegung ausgelöst worden war.

**ÄGYPTEN**

**Kairo (AFP)** – Präsident Sadat hat den drei zugelassenen politischen Parteien in Ägypten die Genehmigung zur Veröffentlichung eigener Zeitungen erteilt, wie der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Arabischen Sozialistischen Union mitteilte.

**ANDORRA**

**Andorra (AP)** – Der Generalrat (das Parlament) des Pyrenäenstaates Andorra hat einstimmig beschlossen, künftig eine Einkommenssteuer von den Einwohnern zu erheben. Für den Fall, daß Frankreich und Spanien (Andorra ist Freistaat unter Souveränität des spanischen Bischofs von Urgel und des französischen Staatspräsidenten) nicht zustimmen sollten, kündigte der Rat seinen Rücktritt an, was in den letzten hundert Jahren schon viermal geschehen ist. Die Wirtschaft des Landes leidet unter dem Rückgang des Fremdenverkehrs.

# Verschleppt bei Nacht und Nebel

Voller Erschütterung verfolgten die Teilnehmer des „Tribunals gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile“, die unlängst in Bonn und Nürnberg stattfanden, die Aussage des chilenischen Rechtsanwalts Jorge Canto, der unmittelbarer Augenzeuge der Verschleppung des stellvertretenden Generalsekretärs der KP Chiles, Victor Díaz, war. Unser Mitarbeiter Hans-Peter Schubärth hatte Gelegenheit, mit Jorge Canto in Nürnberg zu sprechen.

„Am 12. Mai dieses Jahres wurde ich mitten in der Nacht durch lautes Klopfen an der Haustür und hektische Befehle auf der Straße geweckt“, berichtet mein Gesprächspartner über die brutale Verschleppung von Victor Díaz. „Er wohnte in dieser Zeit bei mir“, fährt Jorge Canto fort, „und ich versuchte sofort, ihn zu warnen. Doch das Haus war bereits von DINA-Agenten umstellt. Sie trugen Zivil und waren schwer bewaffnet. Ich öffnete eine Hintertür meines Hauses, die in den Garten hinausführt. In diesem Augenblick sprangen zwei Personen mit Maschinenpistolen in der Hand über den Zaun, nahmen mich fest und zwangen mich mit den Waffen im Anschlag, die Tür zur Straße zu öffnen.“

Auf meine Frage, wie sich die DINA-Agenten verhielten, als sie das Haus betreten, antwortete mir der Rechtsanwalt aus Santiago: „Zunächst gaben sie sich außerordentlich höflich und zuvorkommend. Scheinheilig entschuldigten sie sich für die nächtliche Störung und brachten mir ihr ‚Bedauern‘ darüber zum Ausdruck, meine Frau geweckt zu haben. Die Szene war von einem widerlichen Zynismus geprägt. Sie begannen sofort, alle Zimmer zu durchsuchen. Der Chef des DINA-Kommandos



Der chilenische Rechtsanwalt Jorge Canto bei seiner Zeugenaussage vor dem Nürnberger Tribunal gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile  
 Foto: HOR./Auslandsdienst



hatte mir zuvor ein Stück Papier vors Gesicht gehalten und erklärt, es wäre ein legaler Haussuchungsbefehl. Gelegenheit, diesen ‚Befehl‘ richtig zu lesen, gab er mir natürlich nicht. Meine Frau und die Haushälterin wurden im Wohnzimmer eingeschlossen. Als die Agenten in das Zimmer von Victor Díaz kamen, verwandelte sich ihre anfänglich zur Schau gestellte Leutseligkeit in nackte Gewalt. Mit den Kolben und Schäften ihrer schweren Waffen schlugen sie auf Victor Díaz ein – vor allem in die Magengegend und auf die Brust.

Ich wurde ins Badezimmer geschleift“, fährt mein Gesprächspartner fort, „und von einem DINA-Agenten halb bewußtlos geschlagen. Obwohl ich mit gefesselten Händen auf dem Fußboden lag, konnte ich durch den Spalt der nur angelehnten Tür beobachten, wie die Schergen Victor Díaz verhörten. ‚Wo ist das Geld? Wo sind die Waffen? Woher kommst du? Wie lange bist du schon hier?‘ Diese wieder und wieder gestellten Fragen wurden von harten Schlägen und Fußtritten auf den am Boden liegenden Victor Díaz begleitet. Doch er schwieg.“ Jorge Canto fällt es schwer, seine innere Erregung zu verbergen, als er sagt: „Als man den Genossen Díaz gefesselt aus dem Haus brachte, war sein linkes Auge durch die grausamen Schläge geschwollen, die Lippen waren aufgeplatzt, und aus seinem rechten Ohr lief Blut.“

Nach den Schritten befragt, die zur Aufklärung des Schicksals von Victor Díaz nach seiner Verschleppung unternommen wurden, antwortet Jorge Canto: „Victors Frau stellte nach Habeas corpus einen Antrag auf Haftfeststellung, doch das Appellations-

gericht von Santiago leugnete die Festnahme. Mein Kollege, Rechtsanwalt Eugenio Velasco, wurde beim Obersten Gericht vorstellig – einige Wochen später schoben ihn DINA-Agenten auf höchsten Befehl ins Ausland ab.“

## Weitere Namen von Verschleppten

- Dagoberto Garfias Gatica, Techniker
- Omar Mauriquez Lopez, Techniker
- Luis Lazo Maldonado, Bauer
- Carlos Salcedo Morales, Kaufmann
- Jacqueline Drouilly Yurick, Studentin
- Sergio Rojas Saldias, Arbeiter
- Carlos Enrique Godoy Lagarrigue, Arzt
- Ricardo Florentino Coucha Vallejo, Student
- Maria T. Eltit Contreras, Studentin
- Martin Elgueta Pinto, Student
- Eduardo Ziede Gómez, Kaufmann
- Mónica Llanca Iturra, Angestellte
- Luis Lobos Gutierrez, Bauer
- Rodolfo Marchant Villaseca, Techniker
- Iván Montty Cordero, Techniker
- Juan Mao Leod Trever, Angestellter
- Luis Agnayo Fernández, Inspektor
- Rodolfo Espejo Gómez, Student
- José Weibel Navarrete, Handwerker
- Mariano León Turiel Palomera, Ingenieur
- Raúl Monteya Vilches, Elektriker
- Guillermo Gálvez Rivadeneira, Journalist
- Roberto Saavedra Quiroz, Textilarbeiter, Vorsitzender der Textilarbeitergewerkschaft

Bitte diese an die Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gerichtete Karte ausschneiden, auf eine Postkarte kleben, frankieren und auf der leeren Rückseite unterschreiben! Lassen Sie auch Ihre Verwandten und Arbeitskollegen unterzeichnen!

Übersetzung des nebenstehenden Kartentextes:

Wo sind die 6000 verschleppten chilenischen Patrioten?

Wir bitten Sie, bei der Aufklärung ihres Schicksals behilflich zu sein!

Helfen Sie, die Verschleppten ihren Familien zurückzugeben!

Freiheit für Luis Corvalán und alle verschleppten chilenischen Patrioten!

horizont  
 Stimme der DDR  
 Solidaritätskomitee der DDR

¿ Dónde están los 6000 patriotas chilenos desaparecidos?  
 ¡ Rogamos a Vds. ayudarnos a saber de su destino!  
 ¡ Ayude a devolverles al seno de sus familias!  
 ¡ Libertad para Luis Corvalán y para todos los patriotas desaparecidos!



freimachen mit 0,25 M

Comisión Interamericana des Derechos Humanos

Secretaría General de la OEA

Washington D. C. 20006

USA



Revolution zu einer Reihe von erst einzelnen individuellen, dann Massenmorden; die einzige Verhaltensregel ist die gesteigerte Jesuitenmoral; das Urbild des Revolutionärs ist der Räuber."<sup>10</sup> Angesichts der in den letzten Jahren gesteigerten Aktivitäten dieser Anarchisten stellt sich dem objektiven Betrachter die Frage, ob alle die Unternehmen und Akte des individuellen Terrors wirklich den Hirnen der Mitglieder dieser Guppen entsprungen sind. Tatsächlich verdichten sich immer mehr die Indizien, daß in vielen anarchistischen Gruppen Agenten der verschiedensten imperialistischen Geheimdienste der Spiritus rector für mannigfaltige Bombenattentate, Banküberfälle usw. sind. In den USA planten z. B. Polizeispitzel ein Attentat auf die Freiheitsstatue in New York und besorgten für die vorgesehenen Anarchisten auch das Geld zum Erwerb des notwendigen Sprengstoffs. In Italien ist aktenkundig, daß Agenten der verschiedensten Art alle Anarchogruppen durchsetzt haben. Erst kürzlich enthüllte der Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Tempo“, Januzzi, daß der ehemalige Leiter des italienischen Geheimdienstes, General Miceli, Verbrecher der „Roten Brigaden“ inspirierte und daß Mitglieder dieser Gruppe auf einem geheimen NATO-Stützpunkt in Sardinien ausgebildet wurden. Nicht ohne Grund fragten bereits im Mai 1975 prominente Schriftsteller der BRD wie W. Jens, B. Engelmann, H. Walser und andere in einem offenen Brief, ob nicht auch die „Lorenz-Entführung von rechtsgerichteten italienischen Geheimdienstleuten in Zusammenarbeit mit (west-)deutschen Gesinnungsfreunden geplant“ wurde.<sup>11</sup> Aus der BRD wurde bekannt, daß Agenten bis zum Kern der „RAF“ vordringen und sich an allen Aktionen beteiligten. „Verfassungsschützer waren dabei“, schrieb der „Spiegel“, „wenn Gruppenmitglieder ... zwischen Frankfurt und Hamburg reisten. Verfassungsschützer hörten mindestens einmal täglich mit, wenn Gruppenmitglieder untereinander telefonierten ...“<sup>12</sup>

**Wofür die Anarchisten herhalten**

Die Monopolbourgeoisie nutzt heute im weit größeren Umfang als früher alle Formen der Ideologie und Praxis des Anarchismus als willkommenen Popanz zur politisch-ideologischen Disziplinierung der Volksmassen. Sieht man sich den Umfang der bürgerlichen Berichterstattung über den Anarchismus an, so zeigt sich, in welchem großen Maße diese pseudorevolutionären Theorien und Aktivitäten zur gezielten Massenmanipulation, zur Panikmache und zum Ablenken der Werktätigen von den politischen und sozialen Grundfragen unserer Zeit ausgebeutet werden. Der Anarchismus in allen seinen Varianten dient den politischen und ideologischen Strategien des staatsmonopolistischen Kapitalismus mehr und mehr als ein Mittel zur Entfaltung von antikommunistischer Hysterie, zur Diskreditierung der Ideen des Marxismus-Leninismus und zur Kriminalisierung aller progressiven Bewegungen. Im System der staatsmonopolistischen Machtausübung und der imperialistischen Massenmanipulation nehmen auch die sogenannten Anarchisten-Prozesse in einer Anzahl kapitalistischer Länder einen wohlkalkulierten Platz ein. Von den bürgerlichen Massenmedien werden diese Prozesse zumeist weit über ihre eigentliche Bedeutung hinaus bewußt hochgespielt, um in den Volksmassen eine Aversion gegen alle fortschrittlichen Ideen und Bewegungen zu erzeugen.

Zum anderen haben solche Prozesse für die herrschenden Kreise aber auch die zwielichtige Funktion, sich mit großer Heuchelei jener Kräfte zu entledigen, die den zugebilligten Spielraum und die „Spesen“ überschritten haben, die das kapitalistische System den Anarchisten einräumt. Zugleich wird jedoch durch die umfangreiche bürgerliche Reklame für solche Prozesse, wird durch die Praktiken in der Behandlung der Inhaftierten dafür gesorgt, daß die Quellen für eine ungezügelt kleinbürgerliche Empörung und damit der Sympathie sowie des Nachwuchses für die anarchistischen Sekten nicht versiegen.

In zunehmendem Maße benutzen das Großkapital und die bürgerlichen Regierungen die anarchistischen Ideen und

Taten vor allem als Rechtfertigung zum Abbau von bürgerlich-demokratischen Rechten und Freiheiten. In der BRD wurden allein seit dem Herbst 1969 52 Gesetze und Bestimmungen zur Perfektionierung des staatlichen Repressivapparates erlassen. In den letzten Jahren war es faktisch so: „Nach jeder Bombe ein neues Gesetz gegen Demokraten.“<sup>13</sup> Zu diesen Methoden der schleichenden Liquidierung verfassungsmäßiger Grundrechte heißt es in einer Erklärung des Parteivorstandes der DKP: „Das bedeutet im Klartext: Bereits die Ankündigung eines Streiks zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten oder aber zur Abwehr neuer Massenbelastungen, die Verteidigung von Arbeitsplätzen gegen Massenentlassungen soll als ‚Gewalt‘ qualifiziert und strafrechtlich verfolgt werden.“<sup>14</sup>

Angesichts einer solchen Perspektive stellte die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ fest: „Die Baader-Meinhof-Anarchisten werden im Endeffekt eine Verfestigung der Ordnung erreichen, zu deren Beseitigung sie angetreten waren.“<sup>15</sup> Besser kann wohl kaum noch die ganze Demoralisierung, Entartung und Degeneration der heutigen Epigonen des Anarchismus bewiesen werden.

Wie von jeher führen die Kommunisten in aller Welt einen entschiedenen Kampf gegen alle Spielarten anarchistischer Theorie und Praxis. Sie lassen sich dabei von den Hinweisen W. I. Lenins leiten, „daß Anarchismus und Anarchosyndikalismus bürgerliche Strömungen sind“, die im „unversöhnlichen Gegensatz“ zum Sozialismus und Kommunismus stehen.<sup>16</sup> Bei der konsequenten Verurteilung des Anarchismus vergessen die Kommunisten jedoch nie, daß diese Ideologie und Praxis ein Produkt des Kapitalismus ist und daß nicht die kleinen Sekten der anarchistischen Wirkköpfe der Hauptfeind der Arbeiterklasse sind, sondern der Imperialismus. Gerade die letzten Monate brachten mit dem brutalen Massaker christlicher Phalangisten im Palästinenlager Tell Zaatar, den barbarischen Massenmorden südrhodesischer Soldateska in Moçambique, dem Ausbau des faschistischen Herrschaftssystems in Chile oder aber dem unmenschlichen Wüten südafrikanischer Rassisten gegenüber der schwarzen Bevölkerung abermals den Beweis, daß in der kapitalistischen Welt der Terrorismus zum täglichen Handwerkszeug der extremen rechten Kräfte in der Welt gehört.

In ihrem unermüdlichen Kampf gegen alle Formen des kleinbürgerlichen Anarchismus beachten die Kommunisten genau die Differenzierungsprozesse im Lager des anarchistischen Linksradikalismus. Sie gehen dabei davon aus, daß viele Mitläufer der anarchistischen Sekten den ehrlichen Willen haben, aktiv gegen den Imperialismus zu kämpfen. Im Unterschied zu den Führungskräften der anarchistischen Gruppen, die bewußt den Weg eines linksdrapierten Antikommunismus und Abenteuerismus gehen, verkörpern die irreführten jungen Menschen ein Potential, das es für den wirklichen Kampf gegen das Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus und für den gesellschaftlichen Fortschritt zu gewinnen gilt.

<sup>1</sup> Frankfurter Rundschau, Frankfurt (Main), 27. 5. 1975

<sup>2</sup> zitiert in: Der Spiegel, Hamburg, Nr. 22, 24. 5. 1976, S. 91

<sup>3</sup> Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 8, 1976, S. 1133

<sup>4</sup> rote blätter, Bonn, Nr. 23, Januar 1975, S. 35/36

<sup>5</sup> l'Unità, Rom, 9. 1. 1975

<sup>6</sup> Rabotschi klass i sovremennomy mir, Moskau 1976, Heft 4, S. 110

<sup>7</sup> A. Schubert: Stadtguerilla, Tupamaros in Uruguay. RAF in der Bundesrepublik, Westberlin 1971, S. 111 f.

<sup>8</sup> l'Unità, Rom, 22. 5. 1975

<sup>9</sup> vgl. Neue Zeit, Moskau (deutsche Ausgabe), Nr. 9, 1976, S. 23

<sup>10</sup> K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 18, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 407

<sup>11</sup> Unsere Zeit (UZ), Düsseldorf, 17.5.1975

<sup>12</sup> Der Spiegel, Hamburg, Nr. 7/74, S. 30

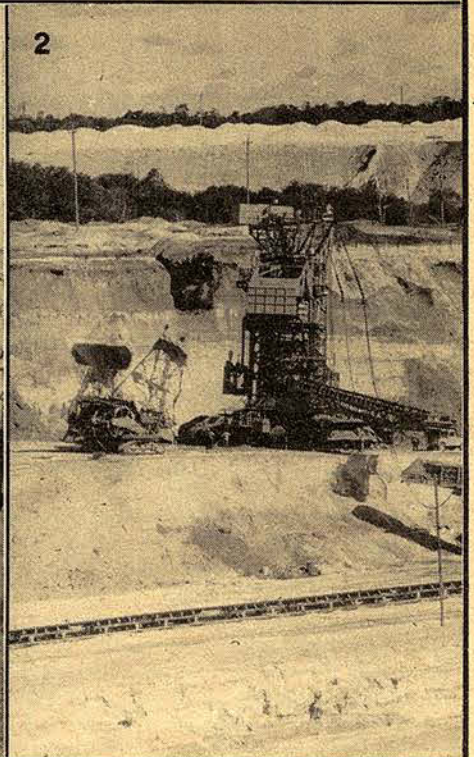
<sup>13</sup> Forum, Berlin, Nr. 13, 1976, S. 5

<sup>14</sup> UZ, 16.1.1976

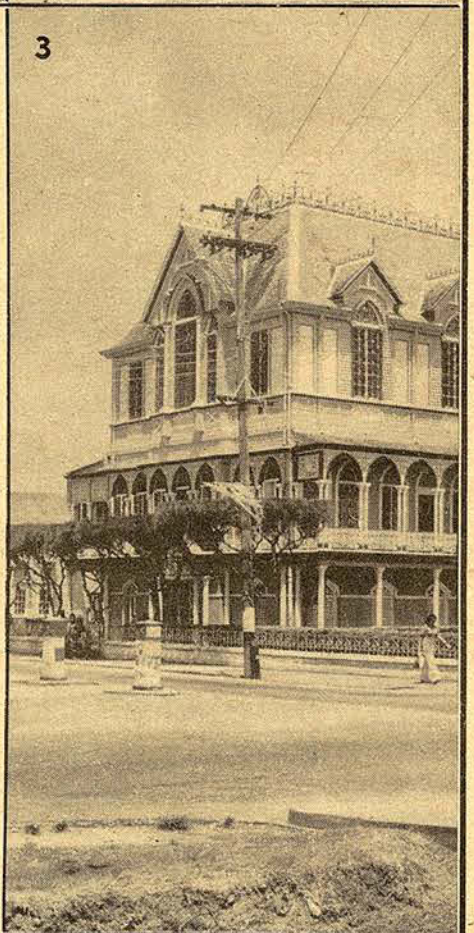
<sup>15</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt (Main), 3.12.1974

<sup>16</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, Dietz Verlag, Berlin 1960, S. 244

# Hände weg von Guyana!



Seit geraumer Zeit schon ist die fortschrittliche Entwicklung in Guyana, dieser im Nordosten Südamerikas gelegenen englischsprachigen Republik, den imperialistischen Mächten ein Dorn im Auge. Unter der Führung von Premierminister Forbes Burnham, der seit Dezember 1964 der Regierung vorsteht, und mit der konstruktiv-kritischen Opposition der Fortschrittlichen Volkspartei (PPP) unter Cheddi Jagan hat das Land einen Kurs eingeschlagen, der auf eine sozialistische Entwicklung orientiert. Seine antiimperialistische Außen- und Wirtschaftspolitik genießt in der nichtkapitalistischen Welt hohe Wertschätzung. Das Land am Essequibo-Fluß unterhält enge freundschaftliche Beziehungen zu Kuba, aber auch zu anderen sozialistischen Staaten. Sein wichtigster Wirtschaftszweig, die Bauxitindustrie, befindet sich schon seit zwei Jahren vollständig in den Händen des Staates. Die reaktionären Kräfte auf dem amerikanischen Kontinent fürchten, daß Guyana eines Tages ein zweites Kuba werden könnte. Sie versuchen deshalb mit allen Mitteln, die friedliche Entwicklung in diesem Land zu stören. Die Volksmilizen, deren Bildung Premier Burnham Anfang Dezember dieses Jahres bekanntgab, sollen „die Revolution des Volkes schützen“.



- 1 Solidaritätsmarsch durch die Straßen der Hauptstadt Georgetown zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Afrika
  - 2 Mit modernen Großgeräten wird Bauxit im Tagebau gefördert. Hier wird eine neue Grube im Zentrum des Bauxitbergbaus in Linden aufgeschlossen.
  - 3 Die 1889 erbaute City Hall, das Rathaus, ist eines der markantesten Gebäude in Georgetown.
  - 4 Der Schulbildung schenkt die Regierung größte Aufmerksamkeit. 1976 wurde ein Gesetz erlassen, das kostenlosen Schulbesuch und Transport zur Schule sowie unentgeltliche Schulspeisung garantiert.
- Fotos: Kaiser